

Grüner Etatismus



In einer 1988 erschienenen Ausgabe der anarchistischen Schrift „Befreiung der Gesellschaft vom Staat“ von Erich Mühsam findet sich ein einleitender Aufsatz von Stefan Blankertz mit dem Titel „Der Staat im grünen Kopf“. Nachfolgend eine in der neosozialistischen BRDDR und planwirtschaftlichen EUdSSR nach wie vor treffende Passage dieses Textes – von 1988 wohlgemerkt! (Erich Mühsam, Befreiung der Gesellschaft vom Staat, Karin Kramer Verlag Berlin, 1988, S XV ff.)

(Aufgestöbert von Theobald Krude)

„Selbst wenn der Staat das Gute befiehlt, beschmutzt er es, weil er befiehlt, weil jeder Befehl die Empörung der Freiheit herausfordert, weil das Gute, wenn es befohlen wird, das Übel wird.“ (Michael Bakunin)

In Crazyland fordern die Grünen Abgabebeschränkungen für Aluminium, weil weder die Verbraucher so vernünftig seien, die etwas teuren, jedoch vom „gesamtgesellschaftlichen“ Aspekt betrachtet besseren Autos ohne Aluminium zu kaufen, noch die Hersteller so einsichtig, die Aluminium-Autos vom Markt zu nehmen. Genauso fordern die Grünen in der Realität, die bisherige Bevorzugung der Straßen durch eine Umleitung der Steuermittel in eine Bevorzugung öffentlicher Massenverkehrsmittel zu verwandeln sowie Gesetze zur Beschränkung der Konsumenten und Produzenten von Autos und flankierend Erhöhung der Abgaben, etwa der Benzinsteuern. Wenn

die Verschmutzung und Verstopfung der Städte ein genügend hohes Maß erreicht haben, können die Grünen für diese Forderung gar eine Mehrheit finden – denn niemand will Verschmutzung und Verstopfung, obwohl (fast) jeder durch sein privates Verhalten dazu beiträgt. Die Durchsetzung der Forderungen wäre scheinbar ein Sieg der kollektiven Rationalität über die individuelle Irrationalität. Das Kollektiv (der Staat) würde durchsetzen, was zwar jeder will, aber angeblich allein nicht zu tun schafft. Der Staat, eben noch Feind, ist zum Sachwalter des Guten avanciert. Wirklich?

Nein. Das staatliche Verhalten läutet nur eine neue Runde der Irrationalität ein. Nehmen wir an, die geforderten Maßnahmen seien ziemlich kompromisslos durchgesetzt. Das ist eine schon unwahrscheinliche Annahme. Übergehen wir darüber hinaus auch die erbitterten Kämpfe verschiedenster Gruppen darum, durch spezielle Regelungen die gestiegenen Kosten auszugleichen, wie Sonderzulagen für wenig Verdienende, Nachlass bei den Steuern für Diesel, Erhöhung der Kilometerpauschale, besondere Maßnahmen für Behinderte, Verbesserung der Absetzbarkeit der Autokosten von den Steuern, Subventionen für die Autoindustrie und so weiter. Die Grüne Administration blieb – was noch unwahrscheinlicher ist – hart und tapfer darauf verwiesen, das ausgebaute Bundesbahnnetz sei „gesamtgesellschaftlich kostengünstiger, umweltverträglicher und energiesparsamer“.

Die psychologische und nicht zu unterschätzende Folge wird Ressentiment der Bevölkerung sein. Bakunin drückt das in dem eingangs zitierten Satz aus durch die Wendung: „Jeder Befehl fordert die Empörung der Freiheit heraus“. Die Spaltung zwischen privaten Wünschen und sozialer, kollektiv wahrgenommener Vernunft würde größer. Der Staat muss darum ständig mehr die immer weiter ihrer sozialen Vernunft beraubten Bürger dirigieren. Der Mensch, der dauernd am Gehen gehindert wird, verliert mit der Zeit auch die Kraft und die Lust zur Fortbewegung. Schließlich kontrolliert der Staat alles, aber da die Bürger nichts mehr tun, bricht die Ordnung

dennoch zusammen. (Nein, das Leben geht weiter, da das Volk seine eigenen, durch keinen Staat völlig zerstörbaren Strukturen hat.) Aber auch die andere Wendung in Bakunins Satz ist wahr: „Das Gute, wenn es befohlen wird, wird das Übel.“ Denn nicht nur eine psychologische Wirkung, die der Entzug von Freiheit zeitigt, ist die Folge, sondern auch eine materielle Wirkung, die das gewollte Gute in das reale Schlechte verkehrt.

Die Schwierigkeit, diese grundlegende These des Anarchismus zu belegen, nämlich, dass die beste Absicht von der Welt, verwirklicht durch den Staat, zum Verhängnis wird, liegt in der Unmöglichkeit ihrer empirischen Bewahrheitung. Empirisch gezeigt kann nur werden, dass es in der Vergangenheit so gewesen ist. Wie eine Maßnahme in der Zukunft genau wirkt, kann nicht mit Sicherheit vorhergesehen werden. Dennoch gibt es eine plausible theoretische Begründung der Wechselwirkung der einzelnen Faktoren. Die Natur „rationeller“ zu planen, als sie angeblich selbst ist, so die ökologische Erkenntnis, führt zu Katastrophen, weil die naturbeherrschenden Techniker prinzipiell nicht alle Folgen übersehen können. Das gilt, nach anarchistischer Einsicht, auch für die Gesellschaft.

Nur wenn die Beteiligten über die vollen und durch keine sozialtechnokratische Planung gefälschten Informationen verfügen, können sie rational entscheiden. Unter der Ägide der staatlichen Eingriffe erhalten die Individuen nicht die nötigen Informationen über einen Teil der gesellschaftlichen Auswirkungen ihres Tuns, während dem Staat (prinzipiell) die Informationen über individuelle Möglichkeiten, Ideen, Umstände und Wünsche fehlen. (...) Nicht eine Veränderung staatlicher Eingriffe, nicht eine Ausdehnung der zentralen Planung, sondern nur deren Verringerung kann zu einer sowohl ökologischen als auch ökonomisch vernünftigen Sozialstruktur führen.